

21

Anregungen
für

„positiven

Populismus“

für die im
21. Deutschen Bundestag
vertretenen demokratischen
Parteien von CDU/CSU, SPD,
Bündnis90/Die Grünen,
Die Linke und SSW

21 Anregungen für „positiven Populismus“

für die im 21. Bundestag vertretenen demokratischen Parteien von CDU/CSU, SPD, Bündnis90/Die Grünen, Die Linke und SSW

Inhalt der Liste:

21 zügig und einfach umsetzbare kreative Ideen/Optimierungen von A wie „Abschaffung von 1- und 2-Cent-Münzen“ bis Z wie „Zuckersteuer“.

Anmerkung: Die Anregungen sind, um die Vorstellungskraft anzuregen, jeweils so formuliert, als wären sie bereits beschlossene Sache.

Ziel der Liste:

Durch konkrete und teilweise auch „symbolische“ Optimierungen im Sinne des Gemeinwesens den Populisten der AfD die Oberhoheit über die wichtigen Themen abnehmen und zeigen, dass auch demokratisch-parlamentarische Politik in der Lage ist, notwendige Problemlösungen und Verbesserungen zeitnah umzusetzen.

Taktik:

Angenommen, in den nächsten Jahren würden die hier vorgestellten Anregungen umgesetzt und kommuniziert, dann würden die Medien und die Bevölkerung mehr *darüber* sprechen anstatt über die von den rechten Populisten propagierten Themen.

Autor:

Werner Winkler, Berater und Autor

Kurze Str. 6, 71332 Waiblingen, wewinkler@t-online.de, www.wwinkler.de

Rechte: Die Texte und Ideen in diesem Dokument können von den im Bundestag vertretenen Parteien/PolitikerInnen mit Ausnahme der „Alternative für Deutschland“ (AfD) und ihr nahestehenden Abgeordneten frei genutzt werden. Für eine anderweitige Nutzung bitte vorab beim Autor anfragen.

1. Abschaffung der 1- und 2-Cent-Münzen

Wie schon lange diskutiert und aus Kostengründen gefordert hat das EU-Parlament auf Antrag der Abgeordneten aus Deutschland und Frankreich heute beschlossen, die Produktion von 1- und 2-Cent-Münzen aus Kostengründen einzustellen. Stattdessen wird eine neue 5-Euro-Münze eingeführt.

2. Ausbildung von Lehrkräften verpflichtend dual

Die Kultusministerkonferenz hat heute beschlossen, dass ab dem übernächsten Semester die Ausbildung von Lehrkräften verpflichtend als Duales Studium durchzuführen ist. Die angehenden Lehrkräfte werden im jährlichen Wechsel vor Ort eingesetzt und studieren wie bisher an den Fachschulen bzw. Universitäten. Dadurch werden die Ausbildungseinrichtungen entlastet und gleichzeitig die Situation an den Bildungseinrichtungen verbessert.

3. Bürgergeld – freiwillige Gegenleistung

Der Bundestag hat heute mit großer Mehrheit einer Änderung beim Bürgergeld-Bezug zugestimmt. Sie ermöglicht es den Kommunen, BezieherInnen von Bürgergeld eine Gegenleistung in Form von unterstützenden Tätigkeiten für die Allgemeinheit anzubieten – so dass diese ihre Bezüge um maximal 200 Euro/Monat erhöhen können.

Beispiele für solche Tätigkeiten: Bewachung von Fahrrad-Abstellplätzen, Hilfe an Fahrkarten-Automaten, Gesellschaft für Alte im Heim, Mithilfe in Kitas, usw. – hier lässt sich von den Kommunen mit der Zeit eine lange Liste der möglichen Tätigkeiten erstellen, so dass sich für jede/n etwas findet. Diese Änderung wird nicht nur der Allgemeinheit, sondern auch den Bürgergeld-Beziehenden selbst nützen, da sie mehr Tagesstruktur und auch das Gefühl haben, nicht nur Almosenempfangende zu sein.

4. Bußgeldkatalog im Straßenverkehr nach Einkommen staffeln

Das Verkehrsministerium hat eine Änderung des Bußgeldkataloges vorgeschlagen, der vom Kabinett und vom Bundestag heute angenommen wurde: Ähnlich wie in der Schweiz und anderen Ländern schon länger praktiziert, werden die Bußgelder nach Höhe des Einkommens gestaffelt – ein Beitrag zu mehr Gerechtigkeit, von dem auch die öffentlichen Kassen profitieren.

5. Direktwahl für die Bundespräsidentschaft mit Vorwahlen

Auf Anregung des amtierenden und früherer Bundespräsidenten haben Bundestag und Bundesrat heute in einer gemeinsamen Sitzung beschlossen, ab der nächsten Amtsperiode das Amt des/der Bundespräsidenten/in mittels einer Direktwahl und davor stattfindenden Vorwahlen zu besetzen.

6. DM-Geld in günstige Mietwohnungen investieren

Die Bundesbank hat sich erfreut darüber gezeigt, dass das Bundeskabinett heute ihrer Anregung zugestimmt hat, den Gegenwert der noch in Umlauf befindlichen DM-Bestände als zinslosen Kredit an das Bundesbauministerium zu vergeben. Von diesem Geld sollen schnellstmöglich günstige Mietwohnungen für finanziell schwache Familien erstellt werden. Von den eingehenden Mietzahlungen werden künftig die noch umgetauschten DM-Beträge erstattet.

7. Endlager für atomaren Müll schneller bauen als geplant

Die Bundesregierung hat heute eine Sonderbeauftragte eingesetzt, die binnen eines Jahres dem Parlament maximal drei geeignete Standorte für ein Endlager vorschlagen soll. Die bisherige, auf Jahrzehnte angelegte Suche stieß zunehmend auf Unverständnis, auch in Bezug auf die Gefahren, die von relativ schwach gesichertem Atommüll ausgeht.

Das oder die Endlager soll/en in spätestens drei Jahren damit beginnen, den besonders kritischen Atommüll dauerhaft und sicher einzulagern.

8. Feiertage anpassen durch Abstimmung

Feiertage können nach einer Neuregelung, die heute den Bundestag passiert hat, in regelmäßigen Abständen von der Gesamtbevölkerung neu festgelegt werden; die Dominanz der christlichen Feiertage erscheint nicht mehr zeitgemäß und einer pluralen Gesellschaft nicht mehr angemessen.

Ein eigens dafür eingesetztes Gremium wird binnen drei Monaten einen Modus erarbeiten, nach dem künftig die gesetzlichen Feiertage bundesweit auf demokratischem Weg bestimmt werden, etwa parallel zu Bundestagswahlen oder der Direktwahl des/der Bundespräsidenten/in.

9. Hausaufgaben abschaffen

Die generelle Abschaffung der schulischen Hausaufgaben durch die Kultusministerkonferenz stößt auf große Zustimmung von Lehrkräften und Schülerverbänden. Dadurch wird das Freizeit- und Erholungsbedürfnis aller Beteiligten stärker berücksichtigt und selbständiges Lernen gefördert.

10. Kurzstreckenflüge und Privatflugzeuge höher belasten

Das Kabinett billigte heute eine Vorlage aus dem Umweltministerium, nachdem ab nächstem Jahr Kurzstreckenflüge und Privatflugzeuge mit einer deutlichen Gebühr belastet werden, die gezielt für Klimaanpassungsmaßnahmen verwendet wird.

11. Mehr Pfandartikel für mehr Umweltschutz und Sauberkeit

Der Erfolg der Pfandpflicht bei Flaschen soll nach dem Willen der Bundesregierung möglichst bald auf viel mehr Produkte ausgeweitet werden, die zum Entstehen von unnötigem Müll bzw. der Verschmutzung öffentlicher Räume beitragen. Das Umweltministerium erstellt dazu gemeinsam mit dem Wirtschaftsministerium und den zuständigen Verbänden eine Liste der zu bepfandenden Produkte.

Wenn etwa Zigarettenfilter, Einweg-Essensgeschirr, Fast-Food-Verpackungen oder Autoreifen mit einem festen Pfand versehen werden, wird dies sehr rasch den öffentlichen Raum entlasten. Gleichzeitig bekommen Menschen, die bisher auf das Sammeln von Pfandflaschen angewiesen sind, zusätzliche Einnahmemöglichkeiten.

12. Minijobs reformieren für weniger Schwarzarbeit

Der Bundestag hat heute beschlossen, eine Grenze einzuführen, ab der eine Beschäftigung (vor allem in Privathaushalten) melde- und steuerpflichtig wird. Ab 1.1. nächsten Jahres kann jedermann alles, was unter 150 Euro im Monat oder 1800 Euro im Jahr liegt, steuer- und abgabenfrei ausgeben bzw. einnehmen, so lange dabei der Mindestlohn eingehalten wird.

13. Organspenden-Regelung modifizieren

Auf mehrheitlichen und überparteilichen Beschluss des Bundestages gilt ab sofort folgende Neuregelung: Wer sich für eine Organspende nach seinem Tod eintragen lässt, rückt im Bedarfsfall automatisch vor die letzte Person auf der Bedürftigenliste, die sich nicht für eine Organspende entschieden hat, und zwar unabhängig von der medizinischen Dringlichkeit.

14. Preise an den Tankstellen nur einmal täglich ändern

Das Bundeskabinett hat heute auf Anregung des Bundeskartellamtes beschlossen, dass Tankstellen in Deutschland ab nächstem Monat nur noch einmal täglich, und zwar in der Zeit zwischen 6 und 8 Uhr morgens, ihre Preise für die nächsten 24 Stunden festlegen dürfen. Dies soll für mehr fairen Wettbewerb, Transparenz und weniger Verkehr bei der Suche nach einer günstigen Tankmöglichkeit beitragen.

15. Rundfunkgebühren aus dem Bundeshaushalt bezahlen

Da es von vielen als massiv ungerecht empfunden wurde, dass jemand mit niedrigem Einkommen genausoviel Rundfunkgebühr bezahlen muss wie ein Milliardär, werden die Kosten für den Betrieb des Öffentlich-Rechtlichen Rundfunks ab nächstem Jahr die durch den Bundeshaushalt bestritten. Alleine die Einsparungen durch den wegfallenden Einzug der Beträge sind beträchtlich, wie das Finanzministerium erläuterte.

16. Schulbeginn und Schulnoten

Um SchülerInnen und Lehrende (und den morgendlichen Berufsverkehr) zu entlasten, hat die Kultusministerkonferenz heute beschlossen, dass ein Schulbeginn prinzipiell nicht vor 8.30 Uhr angesetzt werden darf.

Außerdem wurde beschlossen, dass für die nicht versetzungsrelevanten Fächer (also Religion/Ethik, Sport, Musik, Kunst etc.) ab dem nächsten Schuljahr auf eine automatische Benotung für alle komplett verzichtet werden bzw. diese untersagt sein.

Die bisherige Praxis sei sinnlos bzw. sogar schädlich für den Lerneffekt. Falls ein Schüler oder eine Schülerin trotzdem eine Rückmeldung der Lehrkraft möchte, kann sie dies jedoch wie bisher in Form einer Note oder einer (schriftlichen oder mündlichen Rückmeldung) einfordern.

17. Sommerzeit auch im Alleingang abschaffen

Da sich die EU nicht auf eine von der Bevölkerung geforderte Abschaffung der Sommerzeit einigen konnte, hat die Bundesregierung heute beschlossen, ab nächstem Jahr wieder auf den normalen Modus zurückkehren (also auf die Zeitregelung, wie sie vor der erstmaligen Einführung der Sommerzeit bestand). Die anderen Länder mit Sommerzeit werden aufgefordert, dem deutschen Beispiel zu folgen.

18. Studierenden-Flüchtlinge-Wohneinheiten errichten

Um bei der Ankunft von Flüchtlingen oder bei Natur- bzw. Technikkatastrophen, die Menschen zeitweise oder permanent ihrer Wohnorte berauben, besser gerüstet zu sein, werden auf Beschluss der Bundesregierung in den nächsten Jahren bundesweit Heime erstellt und dann bereitgehalten. Die Wohnungen darin sind so zu gestalten, dass sie jederzeit geteilt werden könnten (also mit je zwei WCs, Bäder, Küchen) – dann können sie in Zeiten, in denen sie nicht für Notfälle gebraucht werden, von Studierenden oder anderen Wohnungssuchenden belegt werden, die sich im Ernstfall auf eine Hälfte der Wohnung zurückziehen müssen. Damit wird auch die Wohnungsnot unter Studierenden oder generell gemildert.

19. Tempolimit für Verbrenner-Fahrzeuge

Um gleichzeitig die E-Mobilität zu fördern und den CO₂-Ausstoß zu senken, hat die Bundesregierung heute ein Tempolimit auf Autobahnen und Landstraßen nur für Verbrenner-Motoren beschlossen, das zu Beginn der Sommerferien in Kraft tritt. Gleichzeitig werden E-Autos vom Tempolimit befreit, so dass der Kauf dieser Fahrzeuge attraktiver wird.

20. Wahlrechtsänderungen: Wahlrecht ab 14 und 5-Prozent-Hürde

Der Bundesrat hat heute die vom Bundestag bereits mit großer Mehrheit beschlossenen Neuregelungen des Wahlrechts auf den Weg gebracht.

Sie sehen neben kleineren Anpassungen und Vereinfachungen vor allem drei Neuheiten vor:

a) ein Wahlrecht ab dem vollendeten 14. Lebensjahr und

b) einen Ersatz der bisherigen 5-Prozent-Hürde durch die Regelung, dass künftig so viele Parteien im Parlament vertreten sein müssen, dass min-

destens 95 % der gültigen Stimmen auch durch Mandate abgebildet sind – also eine Umkehrung der 5-Prozent-Regel. Dies ist vor allem auf dem Hintergrund beschlossen worden, dass nach der bisherigen Regelung auch durchaus 40 oder 50 % der WählerInnenstimmen keine Berücksichtigung bei der Mandatsvergabe finden können – weil durch die wachsende Zahl kleinerer Parteien auch mehrere von ihnen nicht berücksichtigt werden, was dem Grundsatz der demokratischen Willensbildung durch die große Mehrheit der Wählenden entgegensteht.

Zudem wird c) ein Direktmandat nur dann erreicht, wenn eine absolute Mehrheit im Wahlkreis erreicht wird (zweiter Wahlgang zwischen den beiden Bestplatzierten). Nach der bisherigen Regelung könnte auch jemand mit z. B. 6 % ein Mandat erringen, wenn alle anderen Kandidierenden weniger Stimmen bekommen.

Die Neuordnung sieht zudem vor, dass die Länderparlamente Neuregelungen treffen müssen, die zumindest den Standards des neuen Bundestagswahlrechts entsprechen – und zwar bis zur nächsten Legislaturperiode. Kommen sie dem nicht nach, treten automatisch die Regeln des Bundestagswahlrecht in Kraft.

21. Zuckersteuer bzw. dritte Stufe der Mehrwertsteuer

Zum Schutz vor allem von Kindern vor ernährungsbedingten Krankheiten hat die Bundesregierung heute eine dritte Stufe der Mehrwertsteuer in Höhe von zunächst 30 % eingeführt. In diese Kategorie fallen alle Lebensmittel, denen Zucker zugesetzt wurde oder die nach Beurteilung der zuständigen Behörde ein gesundheitsgefährdendes Übermaß an Salz bzw. anderen Stoffen (wie Koffein) enthalten.

Ziel ist es, den Konsum von Zucker und Salz langfristig deutlich zu reduzieren, da beide Stoffe bekanntermaßen Ursache bzw. Mit-Ursache zahlreicher vermeidbarer Krankheiten (wie Diabetes oder Bluthochdruck) sind.

Die Gesellschaft für gute Ernährung (GfgE) begrüßte diesen Schritt als überfällig, ebenso die Deutsche Diabetes Präventionsgesellschaft (DDPG, der Verband der Kinderärztinnen und Kinderärzte (VdKuK) und die Vereinigung für die Langlebigkeit von Bundestagsabgeordneten (VfdLvB) :)